



Sudanesische Flüchtlinge im Tschad: „Ein Floß in der Nacht, das langsam von den Radarschirmen verschwindet“

AFRIKA

# Schokolade für Zuckerkranke

Auf dem G-8-Gipfel in Schottland wollen die westlichen Industriestaaten ein milliardenschweres Hilfsprogramm für Afrika beschließen. Doch die Erfahrung lehrt: Mit Geld allein lässt sich Armut nicht besiegen. Die Staaten, die die meisten Almosen bekommen, stecken am tiefsten in der Misere.

Die Helfer haben Durst. Das Bier fließt in Strömen, und es macht sich eine Stimmung breit wie auf einer Verkaufsmesse, wenn die Stände geschlossen sind. Feierabend. In der Zeltstadt in Rumbak, das einmal die Hauptstadt Südsudans werden soll, steppt jetzt der Bär.

Überall flitzen Sandalenträger mit sinnstiftenden Sprüchen („No Rinderpest – more milk“) und den Stationen ihres Wirkens („Somalia, Uganda, Sudan“) auf ausgewaschenen T-Shirts durch die Gassen. Vor den Zelten flattern die bunten Wimpel der Hilfsorganisationen im heißen Abendwind.

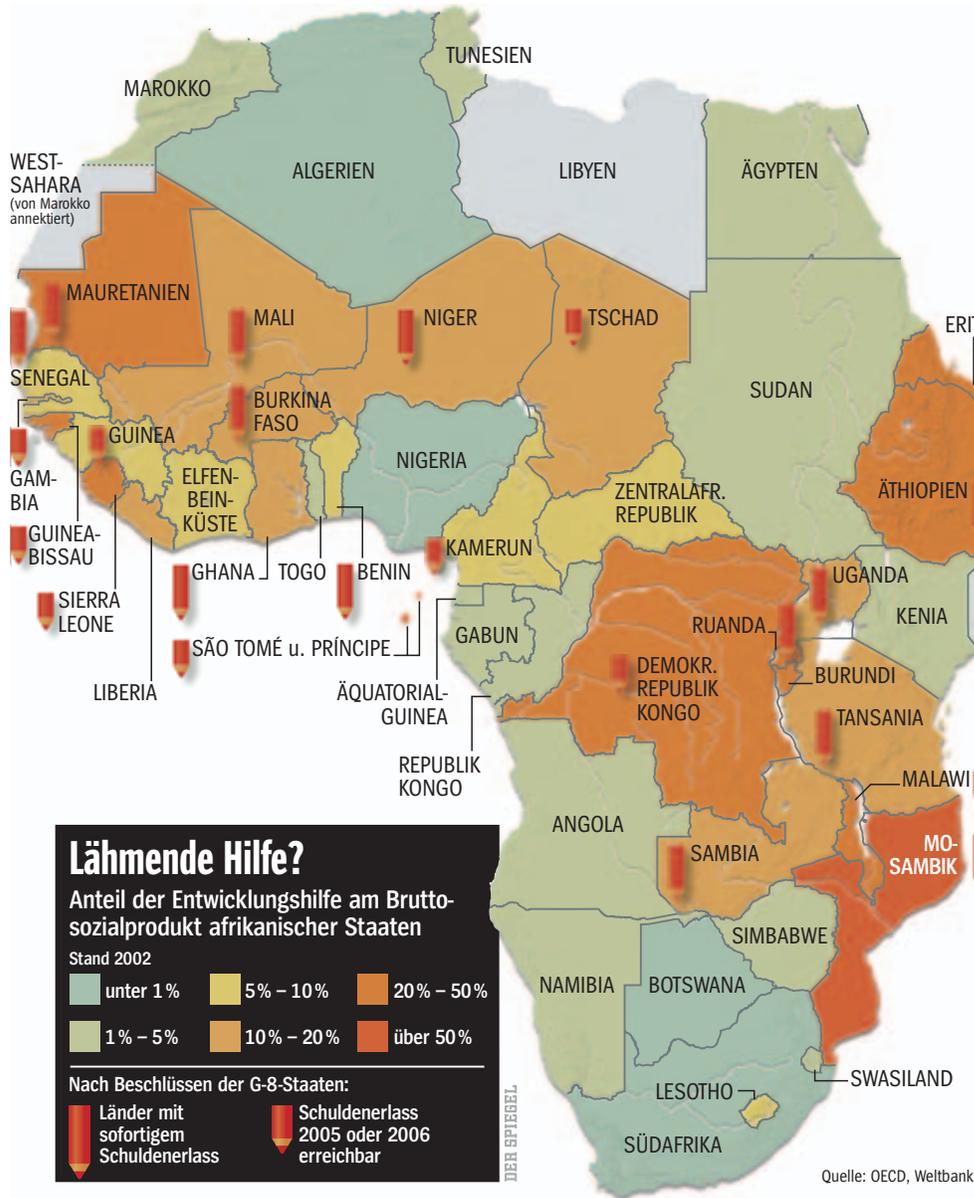
Mehrmals täglich wuchten Einheimische schwere Paletten aus den landenden Klapperkisten, mit denen obskure Airlines schnelle Dollars machen wollen, bevor sie sie verschrotten müssen. Rumbak, noch vor kurzem ein gottverlassenes Nest, ist jetzt Boomtown.

Nach über 20 Jahren Bürgerkrieg zwischen Sudanese aus dem Norden und dem Süden hat es ein Friedensabkommen gegeben. Im April ist dann in Oslo beschlossen worden, den Sudan mit Aufbauhilfe in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar zu bedenken – bei aller Freude auch Grund zur Skepsis für Norwegens Entwick-

lungshilfeministerin Hilde Frafjord Johnson: „Die Teilnehmer haben weit mehr bewilligt, als hier vermutlich gebraucht wird.“

Sogar bei Entwicklungshelfern ruft der plötzliche Reichtum Besorgnis hervor. „Wenn wir so weitermachen“, sagt der Niederländer Lammert Zwaagstra vom EU-Amt für humanitäre Hilfe, „dann stehen die Menschen hier nie auf eigenen Füßen.“

Rumbak droht eine bittere Erfahrung in Sachen Entwicklungshilfe, die nicht wirklich hilft. Schon wieder wird hastig und überstürzt ein Projekt nach dem anderen



finanziert, ohne dass ein schlüssiges Gesamtkonzept erkennbar wäre. Das Geld muss ja raus. Da stellte dann Norwegen für nur 500 Zeltflüchtlinge in Rumbak gleich 500 000 US-Dollar zur Verfügung. Worauf der Geldsegen sofort neuen Bedarf weckt und ein zweites Lager, in dem 345 Menschen campieren, entsteht. Diesmal zahlen die Italiener.

Geld ist für die Europäer das Allheilmittel für alle Nöte Afrikas. Doch trotz jährlicher Zahlungen von zuletzt etwa 26 Milliarden Dollar gleicht der größte Teil des Kontinents einem Notfallazarett.

Schon fordern immer mehr Afrikaner ein Ende solcher Art Unterstützung. Sie diene nur der Günstlingswirtschaft und fördere die Korruption, sie schwäche den Handel und degradiere die Afrikaner zu Almosenempfängern. „Hört endlich auf mit der furchtbaren Hilfe“, sagt der kenianische Wirtschaftsexperte James Shikwati (siehe Seite 106).

Die Not ist gewaltig: Mehr als 300 Millionen Menschen südlich der Sahara müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen, noch vor zehn Jahren waren es rund hundert Millionen weniger. In Afrika liegen zwei Drittel der ärmsten Staaten der Erde und 34 von 35 Ländern mit der geringsten Lebenserwartung. Krankheiten plagen den Kontinent wie ein „stiller Tsunami“, der sich täglich über den Kontinent ergießt, schreibt der Uno-Entwicklungsexperte Jeffrey D. Sachs.

Wo sich ganze Staaten auflösen, kann sich kein Wohlstand entfalten. Zwischen der Sahara und dem Kap der Guten Hoffnung wird gut ein Prozent des Weltsozialprodukts erwirtschaftet – bei elf Prozent Bevölkerungsanteil. Und ohne die südafrikanischen Gold- und Diamantenminen sowie die nigerianischen Öl- und Gasquellen wäre es weniger als ein halbes Prozent. 42 von 52 Staaten haben geringe oder gar keine erkennbaren Entwicklungschancen. Afrika sei ein „Floß in der Nacht“, sagt der Genfer Entwicklungssoziologe Jean Ziegler. Es drifte vor sich hin und verschwinde langsam von den Radarschirmen der westlichen Welt.

Jetzt macht sich ein einzigartiger Rettungstrupp auf, um den Schiffbrüchigen zu helfen. Der alternde Rockstar Bob Geldof hat mit seinen Live-8-Konzerten in Rom, Paris, Berlin, London und Philadelphia die Welt wach gemacht. Die Hunderttausenden, die Elton John, die wiedervereinigten Pink Floyd, Paul McCartney und Eric Clapton live hörten, die Millionen an den Fernsehern werden nun ihre Politiker aufordern, endlich ihre alten Versprechen wahr zu machen und Afrika zu retten. Mot-



Baumwollpflückerin in Burkina Faso: Keine Chance gegen spanische Konkurrenz

to des Millionen umschlingenden Musik-fests: „Der lange Marsch zur Gerechtigkeit“.

Der Zeitpunkt für die weltweite Mobilmachung gegen das afrikanische Elend ist gut gewählt. Vier Tage nach den Konzerten treffen sich in der schottischen Golf-Hochburg Gleneagles vor den Toren Edinburghs die Chefs der wichtigsten Industrienationen, um neue Afrika-Hilfe zu beschließen und bei der Afrikanischen Entwicklungsbank angehäuft haben. Statt für die Tilgung sollen zunächst 40 Milliarden Dollar für Bildung, Gesundheit und für die Anregung der Privatwirtschaft ausgeben werden.

Schon im Vorfeld des Gipfels haben sich die G-8-Staaten entschieden, den 18 ärmsten Ländern der Welt, darunter 14 afrikanischen, die Schulden zu erlassen, die sie bei der Weltbank, beim Internationalen Währungsfonds und bei der Afrikanischen Entwicklungsbank angehäuft haben. Statt für die Tilgung sollen zunächst 40 Milliarden Dollar für Bildung, Gesundheit und für die Anregung der Privatwirtschaft ausgeben werden.

Ehrgeiziges Ziel des Gastgebers Tony Blair ist eine Verdoppelung oder sogar Verdreifachung der Entwicklungshilfe für die afrikanischen Länder südlich der Sahara. Doch schon der Schuldenerlass ist eine Bankrotterklärung der traditionellen Entwicklungspolitik. Er zeigt, dass es trotz der gewaltigen Summen, die nach Schwarzafrika geflossen sind, nicht gelungen ist, wesentliche Fortschritte im Kampf gegen die Armut zu erzielen.

Die Länder südlich der Sahara bekamen von 1970 bis 2002 Kredite in Höhe von insgesamt 294 Milliarden Dollar. Sie haben im gleichen Zeitraum 268 Milliarden zurückgezahlt und schieben, nach Zinsen, noch immer einen Schuldenberg von 210 Milliarden Dollar vor sich her.

Warum sind all die Milliarden, die Ost und West im Kalten Krieg über dem afrikanischen Kontinent ausgeschüttet haben, wirkungslos verpufft? Der Verdacht ist nicht länger von der Hand zu weisen: Hilfe lähmt mitunter.

Es sind im Grunde immer wieder die gleichen Elemente, die Entwicklungshilfe in Afrika ganz im Sand verrinnen lassen: inkompetente Planungen der Helfernationen, die zu falschen Prioritäten bei der Vergabe der Hilfe führen, sowie vor Ort dann die Kombination aus Korruption und Rücksichtslosigkeit, aus Geldgier und Behördenwillkür.

Im Fiasko endet oft sogar das, was vielversprechend begann. Hendrik Hempel aus Bielefeld, ein Mitarbeiter der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), hat nach dem Krieg gegen Äthiopien eine Staatsfarm in Norden Eritreas saniert. Über Jahre hinweg hat er buchstäblich blühende Landschaften geschaffen.

Doch Hempels Beispiel war eine stumme Anklage gegen die Unfähigkeit der Staatspartei. Er hatte bessere Erträge als die von Funktionären geleiteten staatlichen Farmen. Das konnte nicht gut gehen. Trotz seiner Erfolge musste er aufgeben, als die Regierung handstreichartig Hunderte ehemaliger Freiheitskämpfer als bezahlte Mitarbeiter in seinen Betrieb einwies, die nach dem Zusammenbruch mehrerer Regierungsfarmen auf der Straße standen.

Industrialisierung und Handel, Forschung und Entwicklung haben zuerst in Europa, dann in den USA immer größeren Schichten historisch beispiellose Prosperität gebracht. Asien ist auf dem besten Weg, nur Afrika fällt immer weiter zurück. Seit der Austausch von Waren, Daten und Dienstleistungen rasant an Fahrt gewonnen hat, ist es völlig abgehängt.

Außer Südafrika und den westafrikanischen Ölstaaten exportieren die Länder des Schwarzen Kontinents fast nur solche Rohstoffe, die am Weltmarkt notorisch niedrige Erlöse bringen. Am globalen Wettbewerb um den Verkauf von Dienstleistungen und Fertigprodukten sind sie praktisch nicht beteiligt.

Die sogenannten Terms of Trade, die Preisrelationen zwischen ein- und ausgeführten Waren, haben sich für Afrika zum Teil dramatisch verschlechtert. Anfang der achtziger Jahre musste ein Kaffeeplanzer 50 Sack, Ende der neunziger Jahre schon 140 Sack Kaffeebohnen erzeugen, um sich einen Traktor kaufen zu können. Und die Schere droht sich noch weiter zu öffnen.



PAUL HARRY / LAIF

Feldarbeiter in Angola: Die Abhängigkeit vom

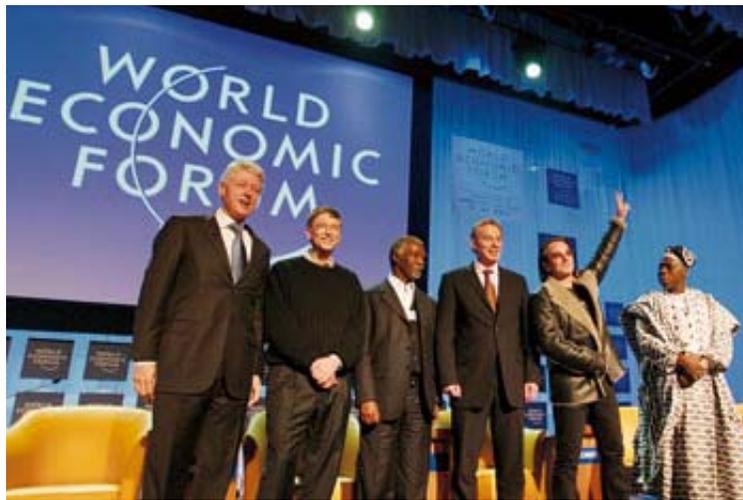
und nieder wie Vogelschwärme an den Wasserstellen der Serengeti –, stürzt gleich das ganze Land in eine tiefe Krise.

Die Industrieländer legen Produkten aus der Dritten Welt auch noch zusätzliche Barrieren in den Weg. Zwar erlaubt die EU den Afrikanern, ihre Waren weit-

gehend zollfrei einzuführen, doch wirken die Brüsseler Agrarsubventionen ähnlich fatal wie Schutzzölle.

Gegen die subventionierte Baumwolle aus Spanien haben die Naturfasern aus Burkina Faso keine Chance, genauso wenig wie der Zucker aus Mosambik, Äthiopien oder Malawi gegen den hochsubventionierten Süßstoff aus europäischen Rüben. Der Vorwurf, der vom afrikanischen Kontinent in Richtung Europa und Amerika schallt: „Wir sind so arm, weil ihr so reich seid.“

SEBASTIAN DERUNGS / REUTERS



Dritte-Welt-Mäzene\*: „Der hellste Moment in Afrikas Geschichte“?

Besserung ist nirgendwo in Sicht. 1964, im Jahr seiner Unabhängigkeit, bestritt Sambia den größten Teil seiner Ausfuhren mit Kupfer. Heute, 40 Jahre danach, ist das Kupfer noch immer dominierend. Fallen die Preise – und Rohstoffkurse flattern auf

\* Ex-US-Präsident Bill Clinton, Microsoft-Chef Bill Gates, Südafrika-Präsident Thabo Mbeki, Briten-Premier Tony Blair, Sänger Bono, Nigerias Staatschef Olusegun Obasanjo beim Weltwirtschaftsgipfel im Januar in Davos.

Die Kolonialherrschaft der europäischen Mächte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie der Sklavenhandel des 16. bis 19. Jahrhunderts sind sicher auch eine Hypothek. Doch mit der Zeit hat die Klage darüber an Überzeugungskraft verloren: Rund 40 Jahre nach dem Ende der kolonialen Herrschaft gibt Nelson Mandela nicht mehr den Weißen, sondern den heimischen Politikern und ihren Cliquen die Schuld an der Unterentwicklung.



*Ausland stranguliert das wirtschaftliche Eigeninteresse*

Der südafrikanische Finanzminister Trevor Manuel und sein Kollege aus Ghana, Kwadwo Baah Wiredu, predigen im gleichen Tenor: Solange die Afrikaner nicht ihr eigenes Haus in Ordnung bringen, ist alle Hilfe umsonst.

Wohl wahr: Häuptlinge, Kleptokraten und Diktatoren haben es schon immer verstanden, sich an der Entwicklungshilfe gültig zu tun. Der verstorbene zairische Revolverpotentat Mobutu Sese Seko war mindestens vier Milliarden Dollar schwer. Der kenianische Ex-Despot Daniel arap Moi, der 2002 abdankte, soll in 24 Amtsjahren vier Milliarden Dollar veruntreut haben. „Wenn der Fettzug voll Geld vorüberfährt, dann springen sie alle auf“, sagt Ross Herbert vom South African Institute of International Affairs.

James Shikwati, Chef des „Inter Region Economic Network“ in Kenia, meint, die Hilfe sollte nicht mehr in staatliche, sondern in privatwirtschaftliche Projekte fließen. „Statt auf den privaten Sektor, wo Gewinne für Disziplin und Effizienz sorgen, konzentrieren sich die Politiker auf Regierungsprojekte, die nicht den Gesetzen von Gewinn und Verlust unterworfen sind.“

Das Berliner Entwicklungshilfeministerium (BMZ) hat mit der finanziellen Förderung von Privatinitiativen keine schlechten Erfahrungen gemacht. Unternehmen haben schließlich ein Interesse, mit Entwicklungshelfern zusammenzuarbeiten, wenn es ihnen nützt. Zum Beispiel, wenn Aids ihre Belegschaft dezimiert. So legten DaimlerChrysler und die GTZ in Südafri-

ka ein gemeinsames Projekt gegen die Immunschwächekrankheit auf.

Doch so unwirksam sich die Entwicklungshilfe insgesamt gezeigt haben mag – Weitermachen wie bisher heißt das Motto. Der hartgesottene neue Weltbankpräsident Paul Wolfowitz schränkt diese Devise nun allerdings ein. Er kam Mitte des Monats von seinem ersten Afrika-Besuch mit der Überzeugung zurück, mehr Geld könne Afrika nur dann zu einem „Kontinent der Hoffnung“ machen, wenn die Afrikaner Vorleistungen erbrächten.

Nun kommen selbst aus den Empfängerländern immer mehr warnende Töne. Noch nie haben so viele afrikanische Intellektuelle das Ende der klassischen Entwicklungshilfe gefordert. „Hilfe ist nicht die Lösung“, titelte die kenianische Zeitung „The Standard“. Sie gehe nicht „direkt zu den Menschen, sondern an die Bürokraten“.

Das Schlimmste an der fremden Hilfe, so findet der „Monitor“ in Uganda, sei, dass sie demokratischen Fortschritt und dringende benötigte Reformen verhindere. Sie stünde dem längst fälligen, heilsamen Offenbarungseid im Wege.

Die Afrika-Beauftragte von Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Grünen-Politikerin Uschi Eid, warnt vor pauschalen Wohltaten. Wenn die Geberländer von den Afrikanern keine Eigenleistungen fordern, dürfe man von denen keine unpopulären Reformen erwarten. Die „massive Geberorientierung“, zu der vor allem Tony Blair seine Gipfelkollegen dränge, führe nur dazu, dass wir „das doppelte Geld auf

den Tisch legen, damit aber nicht die Probleme Afrikas lösen“.

In Mosambik lag die Entwicklungshilfe Anfang der neunziger Jahre bei 95 Prozent des Sozialprodukts. Rein rechnerisch lebten die Mosambikaner fast im gleichen Umfang von milden Gaben wie von den Erträgen eigener Arbeit. Unter den Ländern, denen jetzt die Schulden erlassen werden, sind Staaten wie Tansania und Ruanda, die in den vergangenen Jahrzehnten zeitweise mehr als 80 Prozent ihres Bruttosozialprodukts an Hilfe erhielten.

Die totale Abhängigkeit vom Ausland und absurde Weltbankforderungen strangulierten das wirtschaftliche Eigeninteresse. Die Therapie des Westens für Afrika ist Gift für die Maladen. Wie Schokolade für den Zuckerkranken.

Die Großzügigkeit der Geberländer kann eine fatale Signalwirkung entwickeln. Die Botschaft: Schulden bezahlen lohnt sich nicht, irgendwann kommt die internationale Gemeinschaft und nimmt die Bürde sowieso. „Diejenigen, die – wie wir – immer unsere Schulden beglichen haben, wurden ignoriert, während die Länder, die einfach nicht mehr zahlten, plötzlich Aufmerksamkeit erhalten“, schimpft der kenianische Planungsminister Peter Anyang Nyongo.

Lord Peter Bauer, einst Professor an der „London School of Economics“ und ein Berater Margaret Thatchers, hat schon vor 20 Jahren geschrieben, die Entwicklungshilfe sei „teilweise eine Ursache des Nord-Süd-Konflikts und nicht seine Lösung“. Sie belohne den Misserfolg und verewige dadurch die Armut. „Und es spricht vieles dafür, dass man Entwicklungshilfe weitgehend einstellen sollte.“

Immer wieder produzieren Helfer mit großem Aufwand groteske Fehlleistungen. Zum Beispiel beim Brunnenbau.

Früher waren afrikanische Brunnen primitiv und wenig ergiebig. Die modernen Tiefbrunnen, die Helfer aus dem Westen bohrten, förderten mehr Wasser in kürzerer Zeit. Doch die Hightech-Anlagen müssen aufwendig gewartet werden. Dafür sind Disziplin und Know-how nötig – knappe Güter in den Elendsregionen des Kontinents.

Schweizer Techniker haben zum Beispiel erst im vorigen Jahr im Südsudan sieben Tiefbrunnen bohren lassen, das Stück für 10 000 Euro – fünf davon sind bereits wieder versiegt. Trotz enormer Investitionen ist die Wasserversorgung etwa in Teilen der Sahel-Zone in den vergangenen 20 Jahren nicht besser, sondern vermutlich schlechter geworden.

Fehlschläge beeindruckten die Entwicklungshilfe-Industrie nicht. Das liegt auch am unterentwickelten Kontrollsystem. Wirkungsanalysen, wie es im BMZ-Sprachegebrauch heißt, geben keine verlässliche Auskunft über Effizienz. Denn das Ministerium

kontrolliert sich selbst, oder es lässt die Vorhaben von „unabhängigen Bewertungsforschern“ benoten, die natürlich Folgeaufträge haben wollen und sich deshalb allenfalls vorsichtige Kritik erlauben.

Die Hauptaufgabe von Entwicklungshelfern besteht darin, sich selbst überflüssig zu machen. Verständlicherweise lassen sie sich damit Zeit. „Ich bin mit einem Überschuss an Idealismus angetreten, doch nachdem ich mir in ein paar Jahren ein Einfamilienhaus zusammengespart hatte, war mein Verhältnis zu meinem Beruf nicht mehr dasselbe“, sagt Bernhard Meyer zu Biesen, Chef der deutschen Welthungerhilfe in Addis Abeba.

Offiziell gibt es „Entwicklungshilfe“ längst nicht mehr. Das BMZ spricht schönfärbisch von „Entwicklungszusammenarbeit“. Denn: „Die Länder und Organisationen, mit denen Deutschland zusammenarbeitet, sind keine Empfänger von Hilfeleistungen, sie sind unsere Partner.“

Doch die großen Projekte sind fast alle ohne das Zutun der Nutznießer zustande gekommen. Wie der 203 Kilometer lange Abschnitt der Straße, die den sambischen Kupfergürtel mit dem namibischen Hafen Walvis Bay verbindet.

Damit es nicht wie ein Almosen aussah, sollten die Sambier zu den 30 Millionen Dollar, die von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert wurden, selbst 4,1 Prozent beisteuern.

Doch Anfang 2004, kurz vor der Einweihung, teilte die Regierung in Lusaka mit, sie werde nicht zahlen. Die Deutschen mussten schnell für Liquidität sorgen, damit der südafrikanische Generalbauunternehmer nicht hinschmiss. Die Verzugszinsen musste sie auch noch zahlen.

Am 13. Mai 2004 erschienen Namibias damaliger Staatspräsident Sam Nujoma und sein sambischer Kollege Levy Patrick Mwanawasa zum Festakt in Katima Mulilo, um sich für die schöne Straße preisen zu lassen. Auf Transparenten stand „Thank you, Sam Nujoma, thank you, Levy Mwanawasa“. Der deutsche Botschafter Erich Kristof war immerhin auch zugegen. Kurz vor der Einweihung war an der Brücke über den Grenzfluss Sambesi noch ein Metallschildchen angebracht worden, auf dem die deutsche Beteiligung vermerkt steht.

Rätselhaft bleibt auch die Auswahl der Schwerpunktländer, die das BMZ mit besonders ausgiebiger Hilfe bedenkt. Warum nimmt ausgerechnet Namibia den ersten Rang ein?

Die ehemalige deutsche Kolonie ist Deutschland durch eine besondere Beziehung verbunden. Kaiserliche Truppen haben 1904/05 einen Aufstand der Herero niedergeschlagen und dabei bis zu 65 000 Menschen umgebracht, darunter viele Frauen und Kinder. Wiedergutmachung ist daher sicher ein Teilmotiv deutscher Entwicklungshilfe gewesen. Nur, dass die Relationen nicht stimmen.

Namibia ist eines der wohlhabendsten Länder des Kontinents – mit einer relativ gut ausgebauten Infrastruktur, 3,7 Prozent Wirtschaftswachstum und einem Pro-Kopf-Einkommen, das zehnmal so hoch liegt wie das im Tschad oder Äthiopien.

Seit der Unabhängigkeit Namibias vor 15 Jahren hat die Bundesrepublik über 400 Millionen Euro spendiert. Der Sudan, der viel ärmer ist und 16-mal so viele Einwoh-

ner hat, erhielt 100 Millionen weniger. Trotzdem stockte Berlin 2003 die eh schon enorm hohe Entwicklungshilfe noch mal um 50 Prozent auf.

Dabei meint Namibias Patriarch Sam Nujoma, dass sein Volk eigentlich gar keine Hilfe nötig habe. Die Afrikaner, so sagte er zu Großbritanniens Premier Tony Blair, seien genauso gut wie die Europäer. Und: „Zur Hölle mit denen, die nicht dieser Ansicht sind.“

Das hinderte Nujoma nicht, bei der Berliner Regierung um Geld für die geplante Landreform zu betteln. Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul hat sich ihm nicht versagt. Jetzt wird aus deutschen Steuermitteln auch die rechtlich hochumstrittene Enteignung deutscher Farmer mitfinanziert.

Bürokratische Ungeheuer wie die Uno hätten Schuld, wenn in der Dritten Welt so

viele Menschen „überberaten und unterernährt“ seien, schrieb der britische Soziologe und Bestseller-Autor Graham Hancock in seinem Buch „Händler der Armut“. Sein Resümee ist gnadenlos: „Entwicklungshilfe ist durch und durch schlecht und nicht reformierbar.“

Der Apparat zeichne sich, so schrieb der Entwicklungstheoretiker Reinold Thiel, „durch eine verblüffende Scheu aus, praktische Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen“. Thiel sieht aber einen Trend zur Besserung.

Das Washingtoner Center for Global Development hat errechnet, dass pro Person –

rein statistisch – abenteuerliche 3521 Dollar Entwicklungshilfe investiert werden müssen, damit das Pro-Kopf-Jahreseinkommen der Empfängerzielgruppe um 3,65 Dollar steigt.

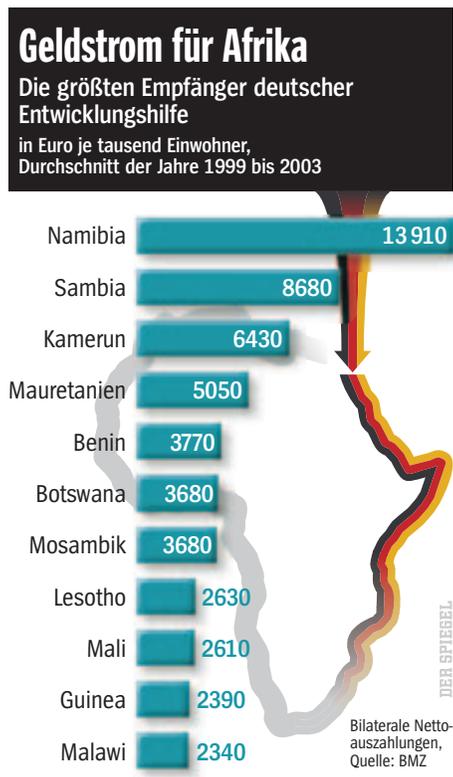
Doch wer in der Entwicklungspolitik die Rentabilitätsfrage stellt, kann leicht zum menschenfeindlichen Zyniker abgestempelt werden. Der Apparat folge, so lästert Thiel, seiner eigenen Klippschul-Logik, mit der man leicht begründen könnte, Regenschauer aus öffentlichen Mitteln zu entlohnen: Wenn sie Regen machen, ist das der Beweis, wie richtig die Hilfe ist. Wenn sie keinen machen, ist es ein Beweis dafür, dass mehr Hilfe dringender nötig ist.

Viele Medien spielen das Spiel mit. Der Nachrichtensender N-tv lässt sich ganze Reportagen von karitativen Organisationen „kofinanzieren“. Im Zusammenwirken vor allem mit dem christlichen Hilfswerk „World Vision“ gab er voriges Jahr die Produktion von 24 Filmen in Auftrag. Thematisiert wurden Kriege und Katastrophen, in denen sich der Segen von World Vision entfaltete.

Im Zentrum des Wirkens von World Vision stand Äthiopien, der permanente So-



Bundespräsident Horst Köhler\*: Ohne Erfolg kein Geld



\* Mit äthiopischer Ehrengarde im Dezember vergangenen Jahres in Addis Abeba.



THOMAS ERNSTING / BILDBERBERG

**Flüchtlingfamilie in Mosambik:** „Wenn wir so weitermachen, stehen die Menschen nie auf eigenen Füßen“

zialfall Nummer eins in Afrika. Ein 70-Millionen-Volk wird am Leben gehalten von einer „Ökonomie des Herzens“, wie es Horst Siebert, der ehemalige Chef des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, nennt – jedoch ohne Aussicht, jemals wieder vom Tropf der Geberländer loszukommen.

Einmal jährlich jeweils im Herbst gibt die Uno die Saisonzahlen aus den äthiopischen Hungergebieten bekannt. Anfang 2000 waren es angeblich acht Millionen. Die notorisch nüchterne „Neue Zürcher Zeitung“ fand die Schätzungen übertrieben. Sie recherchierte auch, wie die Panik entstanden war: Nur in Gode, der Stadt im Dürregebiet, aus der am meisten berichtet wurde, waren Lager entstanden. Nachdem die Teams der Nachrichtensender BBC und CNN die Camps entdeckt hatten, setzte sich dorthin ein Medientross in Bewegung.

So entstand das unzutreffende Bild, ganz Äthiopien versinke wieder einmal in Hunger. Es war eine traurige Szenerie, aber eben keine Apokalypse.

Wenn die Medienmaschinerie dann erst einmal die großen Hilfsorganisationen auf den Plan gerufen hat, sind die Auswüchse zuweilen grotesk und mitunter sogar schädlich. Sicher, die weißen Getreidesäcke mit den Notrationen retten Menschenleben.

Doch oft werden sie im Überfluss geliefert. Das überschüssige Korn kommt dann zu Dumpingpreisen auf die lokalen Märkte und verhagelt den Ansässigen das Geschäft – wenn sich die äußerste Notlage entspannt hat, bleiben die kleinen Landwirte der Region auf ihrer Ernte sitzen. Örtliche Bauern

pflanzen überdies keine Hirse mehr, wenn Mais leicht zu haben ist.

Länder, die sich gegen die vermeintlichen Wohltaten wehren, müssen damit rechnen, harsch abgewatscht zu werden: Als die sambische Regierung sich im Herbst 2002 weigerte, genmanipulierten Mais entgegenzunehmen, pöbelte der US-Botschafter bei der FAO: „Führer, die ihrem Volk Nahrung verweigern, sollten wegen schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft gezogen werden.“

Kurz darauf löste das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen einen „Hungeralarm“ aus. Millionen Menschen würden sterben, wenn nicht schnellstens geholfen werde. Das drohende Unheil blieb aber aus, die Helfer hatten „die Situation dramatisiert“, wie die Organisation „Care International“ später einräumen musste.

Guy Scott, der ehemalige Landwirtschaftsminister von Sambia, weiß, wie solche Meldungen zustande kommen: „Gehen Sie in ein Dorf und fragen Sie die Leute, ob sie Hunger haben. Natürlich werden sie immer sagen, dass sie hungrig sind.“

In Sambia jedenfalls fiel die große Hungersnot aus. Ebenso wie im benachbarten Malawi, obwohl dort wirklich ernsthafte Engpässe eintraten, weil mit ausländischen Zuschüssen finanzierte Nahrungsmittelreserven für schlechte Zeiten unter der Hand nach Kenia verschertelt worden waren.

Auch die Katastrophenmeldungen aus Simbabwe waren übertrieben. Die britische Regierung, die meisten Hauptstadtmedien und die großen Hilfsorganisationen hatten die Hungerkatastrophe für

unabwendbar erklärt. Die Helferlobby brauchte sie nämlich als Beleg für ihre These, dass der in Harare regierende Paranoiker Robert Mugabe sein Land mit der Enteignung der weißen Farmer in den Abgrund führen würde.

Nun soll einmal mehr viel Geld Afrika sanieren. Die Führer der westlichen Staaten werden in Gleneagles nur zu gern dem Druck der Geldof-Fans nachgeben, wenn sie sich dabei als Helden der Barmherzigkeit beweisen können. Russland, permanenter Außenseiter unter den großen Acht, hat bereits seinen eigenen Schuldenerlass angekündigt.

„Newsweek“-Kolumnist Fareed Zakaria hält es für möglich, dass in Gleneagles gar der „hellste Moment in der Geschichte Afrikas“ anbricht. Verantwortlich dafür wäre dann das Zusammentreffen von „amerikanischem Realismus, europäischer Großzügigkeit und afrikanischem Verantwortungsbewusstsein“.

Amerikanischer Realismus und europäische Großzügigkeit haben den Kontinent bislang nicht retten können. Bringt es jetzt das afrikanische Verantwortungsbewusstsein?

Um das zu fördern, stellt der größte Spender der Welt, Microsoft-Milliardär Bill Gates, nun die strengsten Regeln auf. Wer bei seiner Bill & Melinda Gates Foundation eine Zuwendung für den Kampf gegen Aids oder Tuberkulose beantragt, muss nachweisen, dass er wirtschaften kann wie ein Privatunternehmer. Über jedes Projekt muss regelmäßig Rechenschaft abgelegt werden. Bleibt der Erfolg aus, fließt kein Geld mehr.

THILO THIELKE, ERICH WIEDEMANN